



Dr. Valerie Wilms

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede zum Neujahrsempfang Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Pinneberg und Ortsverband Wedel, am 09.01.2016 im Theater Wedel

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

je mehr über die Vorgänge in Köln an die Öffentlichkeit gerät desto mehr frage ich mich, ob die Politik nicht in einer Wunsch-Welt lebt, die mit der Realität nur noch wenig zu tun hat. Warum wird nicht deutlich angesprochen, dass wir es mit einem Staatsversagen zu tun haben.

Das, was sich in Köln ereignet hat, stellt ein Staatsversagen auf allen Ebenen dar, in der Exekutive, in der Jurisdiktion und gerade auch in der Legislative. Denn der Berliner Politikbetrieb muss sich fragen, ob dort wirklich die richtigen Gesetze geschaffen wurden, wenn diese praktisch kaum mehr durchgesetzt werden. Das Aufenthalts- und Asylrecht mit seinen vielfältigen Verästelungen ist in den 90er Jahren nur geschaffen worden, um die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen. Umsetzbar ist es praktisch nicht.

Vor allem aber müssen sich die Parlamente als Haushaltsgesetzgeber fragen lassen, ob sie nicht nur bei der Vernachlässigung der Infrastruktur, also des Volksvermögens, falsche Akzente gesetzt haben. Wirtschaftliches Verhalten ist richtig, aber es muss durch die Politik eine Gesamtbetrachtung erfolgen, um den Erfolg des Staates sicher zu stellen. Das Verfolgen von Einzelinteressen für den Wahlkreis, wie ich es bei Ortsumfahrungen für 4 bis 6 Tausend Fahrzeugen oder bei einem A 20-Tunnel für 6 Tausend Fahrzeuge am Tag immer wieder sehe, ist dafür nicht hilfreich. Dass ist massiv daneben gegangen, gerade auf Bundes- und Länderebene.

Demokratie lebt davon, dass es einen starken und wehrhaften Staat gibt, der das Gewaltmonopol hat und auch ausübt. Das ist in Köln nicht mehr geschehen. Die Politik hat es akzeptiert, dass der Staat kaum noch wehrhaft ist. Auch wir Grüne sind dabei durchaus nicht zimperlich gewesen: Wir wollten den Geheimdienst auflösen, die Polizei zurückdrängen und der Datenschutz war immer wieder ein probates Argument, um bürokratische Hemmnisse aufzubauen, wie jetzt gerade die Bearbeitung der Flüchtlingsangelegenheiten und die Debatte um den neuen Ankommensausweis für Flüchtlinge zeigt.

Wenn der Staat aber nicht handelt, weil er dazu gar nicht mehr in der Lage ist, dann bilden sich Gewohnheiten aus, die nachher nicht oder nur noch schwer wieder zu ändern sind. Gerade meine Erfahrungen aus mehr als 25 Jahren Arbeitsschutz haben mir gezeigt, dass es sehr schwer ist, eine fehlerhafte Gewohnheit wieder abzuändern. Dazu gehört sofortiges Eingreifen, wenn ein nicht gewünschtes Verhalten vorliegt. Wegsehen führt nur dazu, dass sich dieses Fehlverhalten noch verstärkt. Alles das macht der Staat mit seinen Institutionen derzeit nur sehr begrenzt, weil die Parlamente den dazu berufenen staatlichen Stellen die Möglichkeiten deutlich reduziert haben.

Wenn wir so weitermachen, laufen wir Gefahr, dass der demokratisch verfasste Staat zerstört wird und jede Interessengruppe nur noch das macht, was sie für richtig hält. Indirekt ist das auch am Beispiel der Automobilindustrie mit dem Dieselgate und deren Verhalten

danach zu erkennen nach dem Motto: Wir Autobauer machen schon alles richtig und der Staat soll sich mal nicht einmischen. Immerhin ist der amerikanische Staat wohl auch durch sein anderes Rechtsverständnis von persönlicher Haftung anstelle staatlicher Prävention in der Lage, solchen Prozessen besser zu begegnen.

Was wir jetzt bräuchten wäre eine konzertierte Vorgehensweise aller an demokratischen Prozessen interessierten Parteien. Wir brauchen weder neue Gesetze noch eine mitfühlende Rhetorik. Nötig ist ein Entschlacken aller bürokratischen Prozesse und dann auch der konsequente Vollzug der noch übrig bleibenden Rechtsnormen durch die staatlichen Institutionen. Dabei frage ich mich, ob das derzeitige föderale System nicht mit eine Ursache für dieses Staatsversagen ist. Aufgabenverantwortung und Ressourcenverantwortung liegen dabei nicht konsequent in einer Hand. Es ist ja so leicht, mit der goldenen Kreditkarte des Bundes einkaufen zu gehen. Das zeigt sich bei der Debatte um die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr auf der Schiene oder bei dem Streit um die Schaffung einer Bundesfernstraßengesellschaft für Autobahnen und überregionale Fernstraßen. Genauso ist es bei der Forderung, den Länderfinanzausgleich über die Kasse des Bundes zu lösen anstatt zwischen den Ländern selbst. Mit Zuständigkeitsstreitereien kann politische Handlungsunfähigkeit sehr schön überdeckt werden.

An dem notwendigen Änderungsprozess müssten alle demokratisch orientierten Parteien gemeinschaftlich arbeiten. Sonst machen wir das Tor weit auf für diejenigen Interessengruppen aus dem rechten und linken Lager, die den demokratischen wehrhaften Staat beseitigen wollen.

Haben wir Grüne und auch die Union oder die SPD dazu wirklich eine Antwort? Oder fallen wir nur zurück in die klassischen Argumentationsmuster, die bislang schon für fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler so abstoßend sind, dass sie sich an den demokratischen Prozessen gar nicht mehr beteiligen. Nach der Vielzahl an Schnellschüssen zu diesem Jahresanfang bin ich mir nicht sicher, ob das schon bei allen in der Politik angekommen ist.

Was wir jetzt dringend brauchen ist eine ernsthafte Debatte zwischen allen demokratisch orientierten Parteien zur Frage: Welchen Staat brauchen wir!

Da bin ich gerne dabei. Das ist mein Wunsch für dieses Jahr. Das muss uns gelingen trotz Wahlkämpfen. Sonst machen wir die Tore weit auf für die Populisten, die unser in 70 Jahren gewachsenes demokratische System zerstören wollen. Deutschland muss lebenswert bleiben für uns alle, hier und in einen geeinten und friedfertigen Europa.